



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER MONATSRÜCKBLICK (01/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns im Januar 2022 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR: POLITIK & TAGESGESCHEHEN



05. Januar 22

Atomkraft – Eine „grüne“ Energie?

Während die EU-Kommission die Energiegewinnung aus Erdgas- und Atomanlagen als klimafreundlich einstufen will, bleibt Deutschland seinem Ruf als „Geisterfahrer“ beim Thema Atomausstieg treu und nimmt dafür verheerende Folgen in Kauf:

Bereits jetzt kann der Strombedarf nicht alleine durch erneuerbare Energiequellen ausgeglichen werden.

Zudem gibt es Prognosen, dass schon im Jahr 2023 der europäische Stromverbund wegen des steigenden Energiebedarfs die Stromlücke nicht mehr schließen können wird¹.

Viele Länder haben mittlerweile das Potential der Atomkraft wiederentdeckt und planen den Bau neuer Atomkraftwerke.

Bis 2045 erteilte Genehmigungen für neue Atomkraftwerke sollen

nun laut einem Verordnungsentwurf der Brüsseler Behörde unter die sogenannte Taxonomieverordnung fallen und der Bau entsprechend gefördert werden können.²

Ein Alptraum für unsere neue Außenministerin Annalena Baerbock, die bereits bei ihrem Antrittsbesuch in Paris kein Hehl aus ihrer Abneigung gegen diese Pläne machte.

Während in unseren Nachbarländern Kernenergie zur tragenden Säule einer günstigen Stromversorgung wird, bleibt Deutschland bei seinen Ausstiegsplänen – bis zum bitteren Ende.

1 SolarServer vom 02.12.20, „EUPD Research: Stromlücke im Jahr 2022 könnte Kohleausstieg verzögern“

2 ZDF Heute vom 01.01.22, „Taxonomie-Pläne: EU: Grünes Label für Atomkraft und Erdgas“





05. Januar 22

Hohe Energiepreise: Produktionsstopps & Krisenstimmung

Der Anfang vom Ende?

Die massiven Preissteigerungen auf den Strom- und Erdgasmärkten lösen bereits Produktionsstopps aus und sorgen für Krisenstimmung in einigen Branchen.

Dies bestätigt unter anderem Stefan Jugel, Geschäftsführer des 1802 gegründeten Unternehmens Glashütte Freital. Die aktuelle Preisentwicklung sorgt dafür, dass die Energiekosten den Umsatz übersteigen, sagt er gegenüber dem „Handelsblatt“. Da eine Produktion auf dieser Basis keinen Sinn ergibt, muss eine der zwei Produktionslinien komplett abgestellt werden, während die zweite Linie auf 25% der Kapazitäten heruntergefahren wird.

Laut Brancheninsidern wird es auch bei einzelnen Unternehmen der Papierindustrie zu Produktionsstopps kommen. Andere, wie Kabel Papier im westfälischen Hagen, konnten zwar nach Kündigung der Verträge durch den Energielieferanten kurzfristig Ersatz finden, allerdings nur zu erheblich gestiegenen Kosten.

Christoph René Holler, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Keramischen Industrie, sendet ebenfalls Alarmsignale, und berichtet von den Schwierigkeiten einiger Unternehmer, Gaslieferverträge zu bekommen, die eine kostendeckende Produktion ermöglichen.

Einige Unternehmen arbeiten daran, Alternativen zu fossilen Brennstoffen zu finden – was durch die massiv gestiegenen Energiekosten aber zunehmend schwieriger wird, da in diesen Fällen schließlich zunächst in neue Technik und Anlagen investiert werden müsste.

Diese Entwicklung ist für viele Unternehmen des industriellen Mittelstands eine schwere Bedrohung. Das reihenweise Herunterfahren der Produktion in den Unternehmen verschärft zudem die Lieferkettenproblematik, warnt Gernot-Rüdiger Engel, Energierechts-Experte der Kanzlei Luther. Die Politik lasse die Industrie „am langen Arm verhungern“.¹

Und was sagt das Bundeswirtschaftsministerium dazu?

Man beobachte die Preisentwicklung „sehr genau“, heißt es aus dem Haus von Minister Robert Habeck (Grüne), zu einzelnen Fällen und einzelnen Unternehmen könne man aber keine Stellung beziehen.

¹ Handelsblatt Online vom 01.02.22, „Strom und Gas; Erste Unternehmen kapitulieren vor hohen Gas- und Strompreisen – Was die Politik nun tun will“



07. Januar 22

Lauterbach will Impfpflicht einführen, bevor „diese überflüssig wird“

Gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland ließ Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) einen bemerkenswerten Satz los: „Wir können nicht darauf warten, dass eine Impfpflicht überflüssig wird, weil wir eine sehr hohe Durchseuchung der Bevölkerung haben.“¹

Frei übersetzt fürchtet da wohl eher jemand das Ende der Pandemie durch eine natürliche Durchseuchung, weil seine Rolle als „rheinische Corona-Kassandra“ der deutschen Talkshows damit ebenso überflüssig wird.²

Während andernorts die geplante Impfpflicht aus verschiedenen Gründen endlich zu wackeln scheint³, wird dies seitens Lauterbach und Co. nach wie vor nicht in Betracht gezogen, sondern immer

lauter nach einer allgemeinen Zwangsimpfung gerufen. Friedliche, freiheitsliebende Spaziergänger werden kriminalisiert, und die geplanten Beschlüsse des heutigen Corona-Gipfels lassen nichts Gutes erahnen:

Es werden noch strengere Kontaktregeln gefordert, gleichzeitig soll aber für bestimmte Gruppen die Quarantänezeit verkürzt werden, und laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau haben einige Länder eigene Beschlussvorgaben eingebracht, in denen die Wiedereinführung der epidemischen Notlage durch den Bundestag eingefordert wird.⁴

¹ ZDF heute vom 05.01.22, „Lauterbach: Rasche Impfpflicht ohne Register“

² Focus Online vom 23.12.21 „Von der Corona-Kassandra Karl Lauterbach bleibt als Minister wenig übrig“

³ Focus Online vom 04.01.22: „Kurz vor Impfpflicht-Start überrascht Österreichs Regierung: Hat das Land doch Zweifel?“

⁴ Frankfurter Rundschau vom 07.01.22, „Corona-Gipfel startet überraschend früher: Neue Beschlussvorlage birgt Zündstoff“



11. Januar 22

Wackelt die geplante Impfpflicht?

Wackelt die Impfpflicht?

Es sind beachtliche Zahlen:

Immer mehr Menschen gehen hierzulande friedlich spazieren, um für ihre Grundrechte einzustehen, und Gesicht gegen die entmündigenden Corona-Maßnahmen der Regierung zu zeigen. Das schöne hierbei: Es ist nicht die medial beschriebene winzige Minderheit von radikalisierten Querdenkern und Extremisten, sondern ein bunter Querschnitt durch die gesamte Bevölkerung. Das zeigt, dass die Dämonisierung der Spaziergänger in der medialen Berichterstattung nicht funktioniert hat: Im Gegenteil, immer mehr Menschen entdecken die Bewegung an der frischen Luft für sich, und laut einer aktuellen Umfrage des INSA-Instituts trauen nur noch 32% der Bevölkerung überhaupt den aktuellen Infektionszahlen.¹

Der Staat reagiert indes immer hilfloser, was mancherorts darin gipfelt, dass die Polizei Spaziergänger „jagd“ und „einfängt“ - und dabei oft nicht gerade zimperlich vorgeht.

In anderen Ländern, wie etwa Österreich, scheinen sich Zweifel an der geplanten Impfpflicht oder zumindest Verschiebungen anzukündigen:

Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) sprach letzte Woche überraschend davon, dass eine Erhöhung der Impfbereitschaft auch durch Prämien, beispielsweise in Form von Gutscheinen, möglich sei.² Und auch hierzulande wachsen die Zweifel an einer allgemeinen Impfpflicht aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken weiter an.³ Es gibt also Grund zur Hoffnung, dass die Proteste über alle Gesellschaftsschichten hinweg Wirkung zeigen, und es ist wichtiger denn je, jetzt dranzubleiben und sich weiter für unsere Freiheit einzusetzen.

1 BZ Berlin vom 03.01.22 „Umfrage zeigt kaum noch Vertrauen in Corona-Zahlen“

2 Focus Online vom 04.01.22 „Kurz vor Impfpflicht-Start überrascht Österreichs Regierung: Hat das Land doch Zweifel?“

3 ZDF Heute vom 08.01.22 „Rechtliche Zweifel an Impfpflicht für alle“



16. Januar 22

Qualitätspresse: Wer die Regierungsmaßnahmen nicht befolgt, ist hässlich!

Sie suchen noch nach einem Partner und fürchten, nicht attraktiv genug zu sein? Dann tragen Sie eine Gesichtsmaske! Zumindest, wenn Sie den Rat des bekannten Qualitätsmediums „Der Spiegel“ befolgen möchten, das zum Wochenende einen recht verstörenden Artikel zum Thema „Propaganda für mindestens fragwürdige Regierungsmaßnahmen“ lieferte.

Inhalt: Eine Gesichtsmasken-verherrlichende Ausführung, die zunächst an Satire denken lässt, tatsächlich aber völlig ironiefrei daher kommt.

„Partnersuche: Warum Maskenverweigerer hässlich wirken“ titelte das Regierungssprachrohr, und berief sich auf eine Studie, nach der Frauen und Männer mittlerweile Menschen mit Gesichtsmaske at-

traktiver finden sollen, als ohne.

Erklärt wird das unter anderem mit evolutionspsychologischen Effekten:

Masken stünden heute nicht mehr für abschreckende Krankheiten, die Ängste auslösen, sondern für „Verantwortungsgefühl und gegenseitige Rücksichtnahme“, was bei der Partnersuche „nicht ganz unwichtig“ sei.

Die blauen Einweg-Masken schnitten bei der Studie dabei am besten ab, noch vor aufwendigeren und teureren Stoffmasken. Die Maske als zukünftig unverzichtbares „Accessoire“?

Für die meisten hierzulande hoffentlich ein dystopischer Alptraum, aus dem es schnellstmöglich ein Erwachen gibt. Dieser „Masken machen Dich attraktiv!“- Framing-Artikel hinterlässt allerdings eher den Eindruck, als wolle man hier die Akzeptanz des Maskentragens als erstrebenswerten Dauerzustand befeuern.

Denn wie steht darin so schön geschrieben:

„Wer will schon Kinder zeugen mit einem Maskenverweigerer?“

Quelle: Spiegel Online vom 14.01.22 „Psychologischer Effekt: Warum Maskenverweigerer hässlich wirken“



17. Januar 22

Genesenstatus halbiert: Gesund nur mit Zertifikat

Am Wochenende trat eine neue RKI Richtlinie in Kraft, die die Dauer des Genesenenstatus von 6 Monaten auf drei Monate halbiert.¹ Besonders fragwürdig ist hierbei die rechtliche Grundlage: Rechtsexperten kritisierten schon früher die zweifelhafte Tatsache, dass die Regierung diese Regelung, anstatt über ein Parlamentsgesetz über eine Verordnung einführte. Immerhin handelte es sich um weitreichende Einschränkungen in der Grundrechtsausübung. Nun kommt erschwerend hinzu, dass die Vornahme von Änderungen der Verordnung an das RKI delegiert wurden, das damit in eigenem Ermessen festlegen kann, wie lange der Genesenenstatus dauert. Die Regierung kann sich darauf berufen, ohne selbst dafür verantwortlich gemacht werden zu können, schließlich erscheinen

die neuen Regelungen nur noch auf einer Internetseite, anstatt im Bundesgesetzblatt oder im Bundesanzeiger.² Eine wissenschaftliche Begründung für die Verkürzung sucht man indes vergeblich.

Es liegt daher der Verdacht nahe, dass es sich hierbei um eine weitere Maßnahme politischer Willkür handelt, durch die der Druck, sich doch noch impfen zu lassen, weiter erhöht werden soll.

Aus Regierungssicht ist das praktisch:

Zum einen kann man den Impfstoff schneller loswerden, zum anderen schafft man die gegenüber Geimpften vorhandene Vergleichsgruppe der „Genesenen“ zeitnah ab, denn deren wissenschaftliche Auswertung könnte ja ein Argument gegen die geplante Impfpflicht sein. Darüber hinaus erreicht man, dass die Mindestimpfquote nicht erfüllt und die „Pandemie“ nicht als beendet erklärt werden kann.

Aber: Möglicherweise beginnen jetzt weitere Menschen darüber nachzudenken, ob sie ihr natürlich vorhandenes Immunsystem nicht lieber bei Spaziergängen an der frischen Luft trainieren wollen, anstatt sich mit dieser fadenscheinigen Methode zu einer nicht gewollten Impfung überzeugen zu lassen.

1 Welt vom 17.01.22, „Neue RKI-Richtlinien – Genesenenstatus auf drei Monate verkürzt“

2 Achgut vom 17.01.22, „Genesen ist gewesen“



25. Januar 22

Grüne zeigen Häuslebauern ihre volle Verachtung!

Das Eigenheim ist für viele Familien nicht nur Lebensmittelpunkt, sondern auch ein Teil der Altersvorsorge.

Den Grünen waren Hausbesitzer schon immer ein Dorn im Auge. Mündige Bürger auf eigenem Grund gehören zum Feindbild der grünen Ideologie.

Häuslebauern, die aktuell bereits mit ständig steigenden Materialkosten zu wirtschaften haben, hat der grüne Minister Habeck gestern symbolisch den Finger gezeigt. Der Kinderbuchautor stellte mit einem Federstrich die Förderung von Effizienzhäusern und energieeffizienten Sanierungsmaßnahmen ein. Das Ganze mit sofortiger Wirkung und komplett ohne Vorwarnung.

Für die Immobilien- und Wohnungswirtschaft ist dieser dilettantisch

und selbstherrlich durchgeführte verfügte Förderstopp ein schwerer Schlag. GdW-Präsident Axel Gedaschko erklärte, dass die Bundesregierung damit ihr Bauziel von jährlich 400000 Wohnungen „schon jetzt halbieren“ könne, rund 300000 Wohnungen in Deutschland könnten dadurch nicht wie geplant gebaut oder modernisiert werden. Darüber hinaus verlieren Handwerker oder Architekten die entsprechenden Aufträge.

Für viele Häuslebauer ist der Traum vom Eigenheim nun geplatzt. Und das, obwohl in Deutschland bereits so wenig Menschen in ihren eigenen vier Wänden leben, als sonst irgendwo in der EU.

Grüne Extremisten, die es bei weitem nicht nur in der grünen Partei gibt, ficht das nicht an. Eigenheime und ihre Bewohner stehen den grünen Phantasien von einer Klimadiktatur im Wege.



28. Januar 22

Falsche Hospitalisierungsrate: Corona oft nicht der Einlieferungsgrund

Corona ist bei einer Mehrheit der „Corona-Patienten“ nicht der Grund für den Krankenhausaufenthalt

Diese Woche wurde im Bundestag über die Einführung einer Impfpflicht debattiert – die Befürworter schürten wie gewohnt Angst und begründeten die Notwendigkeit der Impfpflicht unter anderem mit der drohenden Überlastung der Krankenhäuser wegen Corona-Erkrankten.

Die Hospitalisierungsinzidenz wird als eine Rechtfertigung für die Grundrechtseinschränkungen im Rahmen der Corona-Krise herangezogen.

Was viele schon länger ahnen oder wissen, wurde diese Woche in einem Bericht der BILD bestätigt:

Immer häufiger liegen Corona-Patienten aus einem anderen Grund, etwa Herzinfarkt oder Beinbruch in der Klinik, und fließen trotzdem als „Corona-Patienten“ in die offizielle Statistik mit ein, wenn sie während ihres Aufenthalts zufällig auch positiv getestet wurden. Laut BILD hätte in den vergangenen zwei Wochen im Saarland etwa nur jeder vierte offiziell gemeldete Corona-Patient tatsächlich wegen einer Covid-19-Erkrankung im Krankenhaus gelegen. In Bremen sei bei 60 Prozent der gemeldeten Corona-Patienten, Corona lediglich nebenbei festgestellt worden, und in Rheinland-Pfalz waren 56 Prozent der offiziell gemeldeten Coronapatienten aus einem anderem Grund im Krankenhaus.¹

Die aktuelle Hospitalisierungsrate, die anzeigt, wie viele Corona-Patienten je 100000 Einwohnern innerhalb von 7 Tagen in Kliniken aufgenommen wurden, wird auf der Seite des RKI mit 4,72 angegeben.² Der bisherige Höchstwert lag um die Weihnachtszeit 2020 bei rund 15,5.³ Dass all diese Patienten, ungeachtet ihres eigentlichen Behandlungsgrundes, in die offizielle Corona-Hospitalisierungsstatistik des RKI mit einfließen, ist ein Skandal.

Ist es Unfähigkeit oder sind es bewusst manipulierte Zahlen, um das Panik-Narrativ aufrechtzuerhalten, mit dem die Maßnahmen bis hin zur Impfpflicht begründet werden sollen? Schließlich signalisieren diverse Zahlen eigentlich Entwarnung in der „Pandemie“. Andere Länder lockern ihre Einschränkungen oder heben diese gar ganz auf – während in Deutschland über eine Impfpflicht diskutiert wird, und die Bürger nach wie vor mit freiheitsbeschränkenden Maßnahmen gegängelt werden.

1 BILD vom 26.01.22 „So viele „Corona-Patienten“ sind aus anderen Gründen in der Klinik“

2 RKI Website, abgerufen am 28.01.22

3 Handelsblatt vom 28.01.22 „Corona-Zahlen in Deutschland“

REGIONALES

Professor Kaufman vor Ort: Auch in diesem Monat waren wir mit Infoständen im Wahlkreis vertreten. Kommende Termine finden Sie am Ende dieses Monatsrückblicks.



PROF. KAUFMANN VOR ORT

IMPRESSIONEN VON UNSEREM INFOSTAND IN RUDOLSTADT



Spazierengehen für Grundrechte, für eine freie Impfentscheidung und für Demokratie! Nachfolgend ein paar Bilder von Spaziergängen in Pöbneck, Tanna und Hermsdorf im Saale-Holzland-Kreis.



MONTAGSSPAZIERGÄNGE

BILDER AUS PÖSSNECK, TANNA & HERMSDORF





19. Januar 22

Wir feiern zwei Jahre Bürgerbüro Saalfeld!

Zwei Jahre AfD-Bürgerbüro in Saalfeld

Vor zwei Jahren, am 19.1.2020, haben wir das Abgeordnetenbüro in der Brudergasse in Saalfeld eröffnet. Seitdem ist das AfD-Büro Anlaufstelle für Bürger, die sich informieren wollen oder Anliegen an die Politik haben. Zusammen mit meinen Mitarbeitern konnte ich viele Gespräche führen, politische Aktivitäten nehmen im Abgeordnetenbüro ihren Ausgang. Zunächst war der Schwerpunkt die Landespolitik, inzwischen verrete ich den Wahlkreis im Bundestag. Von Anfang an war der enge Kontakt mit den Bürgern wichtig, um politische Entscheidungen bürgernah zu treffen.

Dass unser Büro wirkt, zeigt sich auch an der Aufmerksamkeit der politischen Gegner. Bereits vor der Eröffnung war das Büro Ziel eines Anschlages und ist es seitdem geblieben. Doch beschmierte

Fassaden und eingeschlagene Scheiben haben uns nur in unserem Kurs bestärkt.

Die Corona-Maßnahmen haben leider auch die Arbeit im Wahlkreisbüro beschränkt. Deshalb gibt es in diesem Jahr auch keine Jubiläumsfeier.

Wir sind weiter für Sie da. Ich und meine Mitarbeiter stehen als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Alternative für Deutschland bleibt fest auf ihrem Kurs einer Politik der Vernunft, für unsere Heimat, für unsere Grundrechte und den Rechtsstaat.

Wir sprechen uns.

Ihr Michael Kaufmann

WAS WAR LOS IM WAHLKREIS? SCHLAGZEILEN DES VERGANGENEN MONATS

- Grundsteuererhöhung für Eigenheim- bzw. Grundstücksbesitzer
- Bäder und Saunen reichen Beschwerde wegen 2G beim Landrat ein, da die Einrichtungen im Nachbarbundesland mit 3G frei zugänglich sind
- Stadtrat Saalfeld reicht Antrag wegen drohendem Personalmangel bei evtl. Impfpflicht und somit nicht gewährleisteter Versorgung der Menschen vor Ort ein
- Jeden Montag finden große, friedlich verlaufende Spaziergänge im Landkreis statt, v.a. in Saalfeld mit bis zu 2500 Menschen
- Neue Brücke wird in Saalfeld gebaut (Pioniersteg Saale) und Klubhaus soll saniert werden
- Handwerksbetriebe suchen händeringend Auszubildende für das kommende Jahr
- Linkenmühlen-Brücke kann konkret geplant werden, es gibt weitere Gelder vom Land
- Digitalisierung in unseren Schulen geht nur mühsam voran, im Landkreis Königsee wird demnächst Glasfaser fertig verlegt
- 6-stelliger Jahresgewinn des Theaters in Rudolstadt, zu viel Zuschüsse? Kunst konnte kaum Geld verdienen die letzten 2 Jahre
- In Gräfenenthal verlässt die einzige Bank (Volksbank) nun auch noch den Ort, v.a. Händler verärgert
- Städtedreieck ist Gastgeber für Special-Olympics-Teilnehmer; der FDP Abgeordnete Reginald Hanke sieht Chance, sich den Gästen aus aller Welt zu präsentieren; Sportler besuchen 2023 unsere Region und Sportvereine vor Ort
- Hohenwarte-Staumauer bekommt ein Info-Zentrum samt Aussichtsturm
- Saalfelds Bauausschuss gibt grünes Licht für Bau eines Werkhauses in Beulwitz (Asylantenheim) für zahlreiche Projekte
- Unterweißbach will das letzte Dorferneuerungsjahr ausnutzen und den Lichtetalplatz neu gestalten
- Tischlerei Herden in Weira im SOK und die Batix Software GmbH aus Saalfeld sind Sieger des 4. Quartals 2021 beim „Unternehmen in Ostthüringen“
- Knapp 4 Millionen Impfdosen sind in Thüringen bislang verabreicht worden
- Neuer Hotel-Standort in Schwarzburg vom Schwarzburger Rat genehmigt, für 350 Betten, ganzjährige nutzbare Anlage für Familien

BUNDESTAG

12. Januar

Plakataktion „Freiheit statt Spaltung“

Unsere Antwort auf „2G plus“ im Deutschen Bundestag, wonach unsere ungeimpften Kollegen auf die Besuchertribüne verbannt wurden. Wer von unseren Bundestagsabgeordneten nicht geimpft ist, darf nicht mehr in den Plenarsaal, womit die freie Ausübung des Mandats nicht mehr möglich ist.



Sehen Sie dazu auch mein Video an: <https://www.facebook.com/watch/?v=919257095399936>



25. Januar 22

Prof. Dr. Max Otte stellt sich in diesem Moment gemeinsam mit der Fraktionsspitze der AfD der Presse als Kandidat für die Wahl des Bundespräsidenten vor.



26. Januar 22

#Impfpflichtneindanke

Unsere Argumente gegen eine allgemeine Impfpflicht:

1. Die Impfpflicht ist unverhältnismäßig, weil der Schutz der Allgemeinheit mit den derzeitigen Impfstoffen nicht erreicht werden kann.
2. Die Impfpflicht ist ungeeignet, da die Impfstoffe in ihrer zeitlichen Wirksamkeit stark eingeschränkt sind.
3. Die Impfpflicht verfehlt ihr Ziel, weil auch Geimpfte das Virus übertragen, sich anstecken und sogar erkranken können.
4. Die Impfpflicht verengt die Debatte zur Pandemiebekämpfung auf die Impfungen, während andere Möglichkeiten nicht ausrei-

chend berücksichtigt werden.

5. Die Folgen einer Impfpflicht sind nicht absehbar, da mögliche Langzeitnebenwirkungen der Impfungen nicht ausreichend erforscht sind.

6. Die Impfpflicht ist nicht erforderlich, da die Belegung der Intensivbetten seit Wochen deutlich unter dem Durchschnitt der letzten zwei Jahre liegt.

7. Die Impfpflicht ist gerade bei Kindern und Jugendlichen nicht notwendig, da sie ein sehr geringes Risiko haben, an COVID-19 zu erkranken.

8. Die Impfpflicht steht unserem Menschenbild des selbstbestimmten Staatsbürgers entgegen, der mündige Entscheidungen für sich und die Gesellschaft trifft.

9. Die Impfpflicht verstößt gegen die Menschenwürde, weil sie weder geeignet noch verhältnismäßig noch notwendig ist.

10. Die Impfpflicht widerspricht dem Geist der Freiheit.#

Die Impfpflicht ist ein historischer Wortbruch. Lesen Sie mehr dazu hier: <https://gesund-ohne-zwang.de/>

Kurz vor der Impfpflicht-Debatte im Reichstag: <https://www.facebook.com/watch/?v=616334949666232>



KOMMENDE TERMINE IM FEBRUAR (WIRD LAUFEND AKTUALISIERT)

03. Februar

Infostand in Saalfeld, an der Sparkasse, 10-12 Uhr

FÜR SIE VOR ORT:

JENA (geplant 2022)

Rudolf-Breitscheid-Str. 4

KAHLA (ab 01.04.2022)

SAALFELD
Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 23 23 48

NEUSTADT / ORLA
Puschkinplatz 6
Tel.: 036481 84 69 64

SONNEBERG (geplant 2022)



Prof. Dr.-Ing.

Michael Kaufmann, MdB

www.Kaufmann-Michael.de



www.kaufmann-michael.de

Michael.Kaufmann@afd-thueringen.de

[@AfDKaufmann](https://www.facebook.com/AfDKaufmann)

[@KaufmannAfD](https://www.instagram.com/KaufmannAfD)

[@KaufmannAfD](https://twitter.com/KaufmannAfD)

t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557



WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE